

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	<b>Kreistag Stendal</b>
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 05.11.2015
Sitzung Nummer:	9 ( KT/9/2015)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:03 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

---

Lothar Riedinger  
Vorsitzender

---

Gabriela Grimm  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

#### Mitglieder

Frau Edith Braun

Herr Torsten Dobberkau

Frau Sylvia Gohsrich

Herr Marcus Graubner

Frau Christel Güldenpfennig

Herr Hardy Peter Güssau

Bernd Hauke

Herr Horst Janas

Herr Uwe Klemm

Frau Steffi Kraemer

Herr Peter Krüger

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Wolfgang Kühnel

Herr Bodo Ladwig

Herr Herbert Luksch

Herr Torsten Müller

Frau Christine Paschke

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Bernd Prange

Herr Robert Reck

Herr Günter Rettig

Herr Lars Schirmer

Herr Chris Schulenburg

Herr Nico Schulz

Frau Annegret Schwarz

Frau Gesine Seidel

Herr Eduard Stapel

Herr Thomas Staudt

Herr Tilman Tögel

Herr Eike Trumpf

Herr Frank Wiese

Herr Silvio Wulfänger

Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber  
Herr Sebastian Stoll  
Herr Carsten Wulfänger

**Abwesend:**

Mitglieder

Herr Arnold Bausemer  
Herr Dr. Jörg Böhme  
Herr Jürgen Emanuel  
Frau Steffi Friedebold  
Herr Jörg Hellmuth  
Frau Katrin Kunert  
Herr Detlef Radke  
Herr Dr. Henning Richter-Mendau  
Frau Verena Schlüsselburg  
Herr Klaus Schmotz  
Herr Marcus Schreiber  
Frau Annemarie Theil  
Herr Bernd Witt

**Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 8. Sitzung des Kreistages Stendal vom 24.09.2015
- 6 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 8. Sitzung des Kreistages Stendal vom 24.09.2015
- 7 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse
- 8 Informationen über die Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis Stendal
- 9 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen  
- Einbringung und 1. Lesung -  
Vorlage: 182/2015
- 10 Beteiligungsbericht 2014 und 2015  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 176/2015
- 11 Kündigung der Mitgliedschaft im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.  
Vorlage: 181/2015
- 12 Ergänzungswahl der Stellvertreter für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark durch den Kreistag  
Vorlage: 198/2015
- 13 Fortschreibung des Integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes Altmark 2015 - 2020 (ILEK Altmark 2020)  
Vorlage: 158/2015

- 14 Verschmelzung Regionalverein Altmark e.V. und Tourismusverband Altmark e.V.  
Vorlage: 180/2015
- 15 Änderung der Besetzung der CDU-Kreistagsfraktion  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 184/2015
- 16 Änderung der Ausschussbesetzung des Kreistages Stendal durch die Fraktion der CDU  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 185/2015
- 17 Anfragen und Anregungen
- 

## **Protokoll**

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, eröffnet um 17:00 Uhr die 9. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

Er beglückwünscht Frau Edith Braun nachträglich zu ihrem 65. Geburtstag mit einem Blumenpräsent.

### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Einberufung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 23. Oktober 2015,
- es fehlen die Mitglieder des Kreistages Herr Bausemer, Dr. Böhme, Herr Emanuel, Frau Friedebold, Herr Hellmuth, Frau Kunert, Herr Radke, Dr. Richter-Mendau, Frau Schlüsselburg, Herr Schmotz, Herr Schreiber, Frau Theil und Herr Witt,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 34 Mitglieder des Kreistages + der Landrat anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Von Seiten der Mitglieder des Kreistages gibt es keine Änderungsanträge zur Tagesordnung, sodass der Vorsitzende die Tagesordnung feststellt.

### **zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

**zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 8. Sitzung des Kreistages Stendal vom 24.09.2015**

Der Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwende gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 8. Sitzung des Kreistages Stendal vom 24.09.2015 fest.

**zu TOP 6 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 8. Sitzung des Kreistages Stendal vom 24.09.2015**

Der Vorsitzende gibt folgenden in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss der 8. Sitzung des Kreistages Stendal vom 24.09.2015 bekannt:

Drucksache Nr. 150/2015 (Verkauf eines Garagenkomplexes in Osterburg): „Der Kreistag beschließt den Verkauf des Garagenkomplexes Mühlenstraße 8, Flurstück 146, Flur 18, Gemarkung Osterburg mit einer Größe von 718 m<sup>2</sup> an Herrn Matthias Lenz aus Osterburg, Ortsteil Meseberg, zu einem Gesamtpreis von 6.500,00 €; das entspricht einem Quadratmeterpreis von 9,05 €.“

**zu TOP 7 Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten, Eilentscheidungen und Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende erteilt dem Landrat das Wort.

Der Landrat informiert als erstes über das Schulbauförderprogramm STARK III. Für die Gemeinschaftsschule Wilhelm Wundt, das Margraf-Albrecht Gymnasium in Osterburg und für die Diesterweg Schule in Tangermünde werden Förderanträge gestellt. Die Förderanträge werden Morgen in Magdeburg eingereicht. Das Problem für Tangerhütte ist der Demographiecheck. Bis zum heutigen Tage haben wir den positiven Demographiecheck nicht erhalten. Für Tangermünde und Osterburg haben wir ihn bekommen. Die Schule Wilhelm Wundt in Tangerhütte ist eine Gemeinschaftsschule. Die Zahlen liegen leicht unter den geforderten. Die nächste Gemeinschaftsschule ist in Seehausen. Und die ist nicht in einer dreiviertel bis einer Stunde zu erreichen. Deshalb haben wir gedacht, dass wir den positiven Demographiecheck für Tangerhütte bekommen. Bis heute haben wir ihn nicht. Wir werden aber trotzdem den Förderantrag abgeben. Das Problem bei Tangermünde und Osterburg hinsichtlich des Förderantrages liegt in der Vergangenheit. In den letzten Jahren haben wir zu viel Energie eingespart, dass wir Probleme haben, die großen energetischen Einsparmöglichkeiten nachzuweisen. Die volle Punktzahl wird nicht erreicht. Es ist natürlich zu hinterfragen, ob solche Förderrichtlinien dann auch immer wirklichkeitsnah sind. Für die Schulen in Goldbeck und in Bismarck überlegen wir, ob wir in der 2. Förderperiode, die im Herbst nächsten Jahres beginnt, Anträge stellen, trotz des nicht nachweisbaren Demographiechecks.

Der nächste Punkt ist das Förderprogramm STARK V. Am 01.07.2015 trat das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Kraft. Das STARK V-Programm wurde dem angepasst. Das heißt, wir können auch ein Teil des Geldes aus STARK V für die Unterbringung von Asylbewerbern nehmen. Das würde natürlich den Kreishaushalt etwas entlasten. Der Landkreis hat gute Aussichten, eine Förderung von ca. 4,1 Mio. Euro zu erhalten. Es ist eine 100 %-Förderung. Die bekommen nicht alle Landkreise. Wahrscheinlich nur 4 Landkreise in Sachsen Anhalt. Wie wir das Geld verwenden, dazu werde ich nachher beim Haushalt etwas sagen. Wenn die Fördermodalitäten klar sind, werden wir über die Verwendung der Mittel hier im Kreistag entscheiden.

Der 3. Punkt ist das Thema Breitbandausbau im Landkreis Stendal bzw. in der Altmark. Die Planungsunterlagen für das erste Cluster um Arneburg sind fertig. Vorab haben viele Versammlungen stattgefunden. Ungefähr 1.000 Vorverträge sind abgeschlossen worden. Nun stellt sich die Frage, nachdem die Planung fertig ist, wie es weitergeht? Die Ausschreibungsunterlagen werden dazu vorbereitet. Ich gehe fest davon aus, dass wir noch dieses Jahr die Ausschreibungsunterlagen veröffentlichen. Die Ausschreibung erfolgt über die Vergabestelle des Landkreises Stendal. Das Cluster 1 haben wir in 4 Ausführungsbereiche geteilt. In jedem der 4 Ausführungsbereiche gibt es ein Los für die Lieferung des Materials sowie ein Los für den Tiefbau. Es gibt insgesamt 1 Los für das Verfahren des Kabeleinzugs. Im Extremfall werden 9 unterschiedliche Akteure ermittelt werden. Was aber so nicht zu erwarten ist. Es ist ein EU-weites Ausschreibungsverfahren, welches mindestens 45 Tage dauert. Die insgesamt Zeit, inklusive Bearbeitung, liegt bei mindestens 83 Tagen. Das erste Cluster ist über den Verband gesichert, also über den ZBA. Dann muss man schauen. Die Förderrichtlinie vom Land und Bund sind veröffentlicht. Es wird z. Z. geprüft, ob eine Inanspruchnahme von Fördermitteln für diese oder die kommenden Cluster noch möglich ist. Wobei eine Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes wohl eher schwierig und fast abgeschlossen ist. Wir schauen noch, ob wir die Mittel vom Land in Anspruch nehmen können. Unterdes wurde ein 2. Cluster rund um Arendsee gebildet. Das 3. Cluster rund um Tangermünde, Tangerhütte und Schönhausen wird derzeit vorbereitet. In der nächsten Woche habe ich dazu die maßgeblichen Protagonisten aus den Orten eingeladen. Dann werden wir auch dieses Cluster beginnen.

Der nächste Punkt meines Berichtes ist eine überörtliche Prüfung des Landkreises Stendal mit dem Schwerpunkt: „Organisation und Umsetzung der Abfallwirtschaft im Landkreis Stendal ab 2009“. Der Landesrechnungshof prüft den Abfallbereich und wird seinen Prüfbericht bis Ende 2015 erarbeiten. Prüfungsinhalte ab dem Zeitraum 2009 sind Haushaltspläne und Jahresabschlüsse, Beschlüsse des Kreistages zur Abfallwirtschaft, Abfallwirtschaftskonzepte, jährliche Abfallbilanzen und -berichte, Abfallentsorgungs- und Abfallgebührensatzungen, Gebührenkalkulationen, Beteiligungsberichte des Landkreises sowie konkret bezogen auf die ALS den Gesellschaftervertrag bis hin zur Entgeltabrechnung und Rekultivierung mit allem, was dazu gehört. Wir wollen die Ergebnisse der Prüfung dann in die neue Gebührensatzung, die im Herbst 2016 hier beraten wird, einfließen lassen.

Ein weiterer Punkt bezieht sich auf die Ausschreibung Restmüllvertrag. Der Vertrag des Landkreises Stendal mit dem MHKW Rothensee läuft 2017 aus. Die Ausschreibung für die Neuvergabe Restmüllverwertung wird gemeinsam mit dem Altmarkkreis Salzwedel vorbereitet. Um größere Mengen auszuschreiben, erfolgt die Ausschreibung zusammen mit dem Altmarkkreis Salzwedel. Der Vertrag soll mit Wirkung 01.07.2017 über sechs Jahre abgeschlossen werden. Über die Ausschreibung wird der Aufsichtsrat noch einmal beraten. Als bald aber, spätestens im neuen Jahr, gehen die Ausschreibungsunterlagen dazu raus.

Als nächstes möchte ich über eine etwas ältere Angelegenheit informieren, die zum Guten für den Landkreis Stendal ausgegangen ist. Es handelt sich um das Klageverfahren Altmarkbus. Für die beiden aktuellen Klageverfahren zwischen dem Landkreis Stendal und der Altmarkbus GmbH hat das Oberverwaltungsgericht nun Beschlüsse gefasst. Das Rechtsamt wird die beiden Beschlüsse noch allumfassend prüfen. Es lässt sich aber bereits festhalten, dass beide Klagen im Sinne des Landkreises entschieden wurden. Beide Klagen sind unanfechtbar. Dies hat Auswirkungen auf den Haushalt 2015 des Landkreises. Zum einem entfällt die Rückstellung in Höhe von 550 T€ (inklusive Verzinsung = 726 T€). Zum anderen hat der Landkreis nun offene Forderungen gegenüber der Altmarkbus GmbH in Höhe von 242 T€ (inklusive Verzinsung = 306 T€). Die Verzinsung wurde von der Kämmerei jährlich fortgeschrieben. Wir müssen nun prüfen, wie wir diese Forderungen geltend machen können. Das Geld ist noch nicht da. Aber es wird den Haushalt entlasten. Der neue Budgetbericht besagt ja ein Minus um 2 Mio. Euro. Hier helfen natürlich solche positiven Klagen. Das verbessert unterm Strich das diesjährige Ergebnis.

Der Landesrechnungshof prüft im November/Dezember die Finanzierung des Ausbildungsverkehrs (45 a Mittel). Im Bedarfsfall werden auch bei den Verkehrsunternehmen, die Mittel aus Zuweisungen erhalten haben, örtliche Erhebungen durchgeführt. Die Prüfung umfasst die Beantragung und Abrechnung der Zuweisungen durch die Aufgabenträger sowie die Weiterreichung und die Verwendung der Landesmittel.

Zur Auszahlung von Fördermitteln für den Straßenbau an die Gemeinden: Die Vorhaben sind hier mehrmals beraten worden und wurden jetzt vollzogen. Für folgende Maßnahmen der Gemeinden werden die Fördermittel jetzt ausgezahlt: Hansestadt Stendal - Eisenbahnbrücke im Zuge der Osterburger Straße: 100 T€, Nebenanlagen der L 32, Heerener Straße: 420 T€, Stadt Bismark - Nebenanlagen der L 13, Ortsdurchfahrt Meßdorf: 348 T€, Hansestadt Osterburg – Melkerstraße: 415 T€ und für die Hansestadt Seehausen - Brücke über den Aland 36 T€.

Der nächste Punkt sind die Hochwassermaßnahmen Straßen Landkreis, die der Landkreis zu 100 % vom Land erstattet bekommt. Bisher wurden 22 Maßnahmen bewilligt, wovon 9 Maßnahmen bereits abgeschlossen sind. Die Reparatur der Tangerbrücke sowie die Brücke bei Kabelitz werden bis zum Mai 2016 fertiggestellt. Die Fertigstellung aller Maßnahmen ist im Regelfall 2016. Es sieht aber so aus, als wenn wir noch einige Restarbeiten in 2017 haben werden. Wir sind also nicht ganz im Plan.

Ein ganz anderes Thema ist Natura 2000. Die EU hat gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Das Land Sachsen-Anhalt will daher die Verfahren beschleunigen und die Sicherung der Gebiete über eine landesweite Verordnung regeln. Im Rahmen einer Beratung mit den Bürgermeistern der Einheits- und Verbandsgemeinden hat das Landesverwaltungsamt im September zum Thema informiert. Im Ergebnis der Beratung habe ich festgelegt, dass es im Landkreis eine organisierte Veranstaltung mit allen betroffenen Bürgermeistern, auch Ortsbürgermeistern und Bürgermeistern von Mitgliedsgemeinden, geben wird. Die Beratung wird im Januar 2016 stattfinden, um die Problematik intensiv zu erörtern. Unter dem Strich geht es um das einmal angeordnete Naturschutzgebiet an der Elbe, was dann nicht verwirklicht wurde, weil es viele Proteste gab. Jetzt will das Land es anders machen. Es will eine Verordnung für alle Schutzgebiete erarbeiten. Nicht nur für dieses eine, sondern für alle. Es gibt dann Unterpunkte für die einzelnen Schutzziele in den einzelnen Gebieten. Darüber will das Land informieren. Als Zeitschiene ist 2018 ausgelegt. Wir wollen darüber informieren, was dabei auf die betroffenen Regionen zukommt. Das betrifft jetzt nicht nur die Elbe, das betrifft auch die Anrainer der Havel, vom Aland bis in den Bereich Bismark. Dort gibt es auch FFH- und Vogelschutzgebiete. Wir gucken uns genau an, wer dort betroffen ist. Und dann müssen wir die Diskussion hier in dem Raum führen und danach draußen in dem Gebiet.

Die Bundesgartenschau ist der vorletzte Punkt in meinem Bericht. Die größte Herausforderung bestand sicherlich darin, das Prignitz-Museum 177 Tage ununterbrochen offen zu halten. Nachts natürlich nicht. Es wurden eine ganze Reihe von Mitarbeitern eingesetzt. Sei es aus dem Schulverwaltungs- und Kulturamt oder „Aktive“ aus der Kreisverwaltung. Es wurden auch Kollegen aus dem Vorruhestand zurückgeholt. AGH-ler waren ebenfalls mit dabei. Alle haben an einem Strang gezogen und waren mit großem Engagement dabei. Im Ergebnis ist festzustellen, dass 57.300 Menschen das Prignitz Museum besucht haben. In „normalen“ Jahren kommen um die 10.000 Besucher. Das, was ich da höre durch die Besucher, ist eine große Zufriedenheit, was aber auch mit dem Engagement der eingesetzten Leute zusammen hängt.

Als letztes möchte ich die von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse bekanntgeben:

Jugendhilfeausschuss: Der Jugendhilfeausschuss hat als beschließender Ausschuss seit der letzten Sitzung des Kreistages im September 2015 keinen Beschluss gefasst.

Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss: Der Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss hat als beschließender Ausschuss seit der letzten Sitzung des Kreistages im September 2015 keinen Beschluss gefasst.

Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss: In seiner Sitzung am 15. Oktober 2015 fasste der KVPA zur Drucksache Nr. 183/2015 folgenden Beschluss: „Nach erfolgtem offenen Vergabeverfahren einer europaweiten Ausschreibung gem. § 3 EG VOL/A sowie rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung wird beschlossen, für die Reinigungsdienstleistungen – Unterhalts-, Grund- und Glasreinigung an Eingangs- und Innentüren im Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau und Altbau – über einen Vertragszeitraum von 4 Jahren (01.01.2016 – 31.12.2019) der Firma RSN Gebäudereinigung und Dienste GmbH aus 39128 Magdeburg den Zuschlag zu erteilen. Die Auftragssumme (brutto) beträgt 46.727,37 EUR (pro Jahr) und 186.909,48 EUR (in 4 Jahren). Das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreise Stendal liegt vor.“

## **zu TOP 8 Informationen über die Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis Stendal**

Der Vorsitzende erteilt dem Landrat das Wort.

Der Landrat hat beim letzten Mal berichtet, dass es zur Thematik zwei Teile gibt: zum einen die Aufgabe des Landkreises und zum anderen die Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) in Kletz.

In der Landesaufnahmeeinrichtung Kietz sind ca. 700 Flüchtlinge untergebracht. Für diese Einrichtung ist das Land Sachsen-Anhalt zuständig. Zukünftig hat das Land vorgesehen, in Stendal, Gardelegener Straße (ehem. Kreiswehrrersatzamt), eine Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber einzurichten. Dazu gab es letzte Woche eine erste Beratung. Die Aufträge für die Planungen sind wohl erteilt. Es geht jetzt darum, wie das Ganze dort gebaut wird. Es ist also im Entstehen. Ich bezweifle aber ganz stark, dass das, was das Land vorhat, im Sommer nächsten Jahres Menschen dort unterzubringen, zu realisieren ist. Ich denke, das wird wohl erst 2017 etwas werden.

Im Landkreis Stendal befinden sich zurzeit insgesamt 1.224 Asylbewerber (ohne Landesaufnahmeeinrichtung), davon 694 Kinder. 503 Asylbewerber sind in der Gemeinschaftsunterkunft in Stendal und 719 in Wohnungen in der Stadt Stendal und im gesamten Landkreis untergebracht. Insgesamt wohnen in unserem Landkreis 2.840 ausländische Mitbürger.

Es kommen wöchentlich freitags neue Flüchtlinge in den Landkreis. Am vergangenen Freitag wurden dem Landkreis aus der Landesaufnahmeeinrichtung Kietz 63 und aus Halberstadt ein Flüchtling zugewiesen. Morgen kommen 85 weitere Flüchtlinge (evtl. 82). Die Anzahl wird sich im Monat November auf ca. 85 Personen wöchentlich belaufen. Ich gehe davon aus, dass sich im Moment Dezember die wöchentlichen Zuweisungen weiter erhöhen werden. Die meisten Flüchtlinge stammen aus Syrien und Afghanistan. Unterbringungsmöglichkeiten werden durch den Landkreis gesucht und angemietet (bisher 170 Mietverträge). Der Landkreis hat die Unterbringungsmöglichkeiten für dieses Jahr gesichert (keine Zelte, keine Sporthallen in diesem Jahr).

Als problematisch gestaltet sich die Situation bei der Unterbringung Alleinreisender Asylbewerber. Zum überwiegenden Teil haben uns die Wohnungsunternehmen gebeten, nur Familien in den vorhandenen Wohnungen unterzubringen. Somit hat der Landkreis das Problem, diese Menschen nach Ankunft zu verteilen. Hier wird zurzeit nach Lösungswegen gesucht. Da werden wir viele Gespräche mit Vermietern führen. Wenn wir das nicht so einvernehmlich hinkommen, dann müssen wir die Durchgangsunterkünfte in Tangerhütte (LB-Schule), in Stendal im Akazienweg, das ehemalige BBA in Osterburg oder das FTZ und noch weitere Objekte, die wir im Blick haben, nutzen, um die Alleinreisenden erstmal unterzubringen.

Das Thema, welches uns darüber hinaus in den letzten Wochen ganz besonders beschäftigt hat, sind die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF). Das heißt, die Flüchtlinge, die noch keine 18 Jahre alt sind und ohne Eltern bei uns ankommen. Hier haben wir in den vergangenen fünf Wochen 116 in den Landkreis bekommen. Das sind Kinder, die eigentlich in Kinderheimen untergebracht werden müssen. Diese Heimplätze müssen jedoch erst noch aufgebaut werden. Deshalb haben wir in Havelberg ein Übergangskinderheim eingerichtet.

Seit dem 19.10.2015 werden diese Kinder in der ehemaligen Kreisverwaltung in Havelberg untergebracht und vom DRK 24 Stunden betreut. Zurzeit sind dort 29 Jugendliche untergebracht. Die Einrichtung ist damit eigentlich voll belegt. Wir müssen schauen, dass wir noch andere Möglichkeiten finden. Wir haben schon Verhandlungen mit weiteren Anbietern aufgenommen, weil das Thema nicht aufhört. Gestern gab es wieder 14 Neuaufnahmen. Wenn es ganz eng werden sollte und wir nicht über das Wochenende kommen, haben wir in der Kreisverwaltung neben an bereits Notbetten aufgestellt.

Die Zahl der UMF steigt durch die LAE Kietz ständig. Mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist ein außerordentlich hoher Aufwand für das Jugendamt verbunden. Oft kommen die Busse nachts. Auch mit der Sprache ist es nicht so einfach, mit den Dolmetschern und dergleichen mehr. Nun ist die Frage, wie soll es weitergehen? Ab 1. November gilt ein neues Bundesgesetz zur Verteilung der Flüchtlinge. Das Verfahren muss in der Praxis aber erst noch umgesetzt werden. Theoretisch, wenn wir nicht Kietz hätten, ist der Landkreis nach der gesetzlichen Quote für 35 UMF zuständig. Die Frage ist, warum 35? Das rechnet sich vom Bund runter. Beim Bund sind es 52.800 und für Sachsen-Anhalt 544 Personen. Tatsächlich hat aber Sachsen-Anhalt schon mehr (635). Der Landkreis Stendal bekommt davon 5,1 %. Das sind dann 35 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Damit sind 81 (Differenz aus 35 und 116) über der Quote. Diese 81 müssen umverteilt werden. Bis zu einer gesetzlichen Regelung werden die Landkreise und das zuständige Ministerium eine Vereinbarung über die Umverteilungsmodalitäten schließen.

Zum Thema Abschiebung: Nicht alle Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, können auch hier bleiben. Wenn das Bundesamt für Migration feststellt, dass ein Flüchtling keine Aufenthaltserlaubnis erhält, muss er Deutschland wieder verlassen. Dabei gibt es zwei Wege: Der 1. Weg ist die freiwillige Ausreise. Aus dem Landkreis sind in diesem Jahr bisher 98 Flüchtlinge freiwillig ausgewandert. Der 2. Weg ist die Abschiebung. Bisher

wurden 94 Flüchtlinge abgeschoben (vergangene Woche erst wieder 27 in den Kosovo). Weitere Abschiebungen in nennenswertem Umfang folgen in den kommenden Wochen. 150 sind beantragt.

Es gibt aber auch Einbürgerungen. In diesem Jahr sind bereits 27 Personen eingebürgert worden. Noch in diesem Monat werden weitere fünf Menschen ihre Einbürgerungsurkunde erhalten.

Die ehemalige Rosa-Luxemburg-Schule in Tangerhütte (ehemalige Förderschule) wurde zur Flüchtlingsunterkunft mit 150 Plätzen ausgebaut. Sie ist als Durchgangsunterkunft vorgesehen. Von hier aus werden die Flüchtlinge auf Wohnungen im Landkreis verteilt. Mit einer Belegung wird am morgigen Freitag begonnen. In der letzten Woche wurden die Flüchtlinge zum Teil bis Mitternacht in den Landkreis verteilt. Wir wollen es jetzt so handhaben, dass die Flüchtlinge erst nach Tangerhütte kommen und dann in aller Ruhe, wahrscheinlich ab Montag, auf Wohnungen im Landkreis verteilt werden.

Kürzlich wurde das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz verabschiedet. Dieses beinhaltet auch Maßnahmen der schnelleren Integration von Asylbewerbern und die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme. Eine Grundvoraussetzung sind Sprachkenntnisse. Es wurden über die Bundesagentur Träger angeschrieben, die den erforderlichen Sprachunterricht durchführen sollen. Eines der großen Dinge für die nächsten Monate wird ja sein, Sprachunterricht anzubieten. Es soll nicht nur über die städtische Volkshochschule in Stendal laufen, sondern wir werden aufgrund der großen Anzahl mit der kreislichen Volkshochschule hier einsteigen.

Zur Personalausstattung: Per 31.12.2014 waren für die Aufgaben der Flüchtlingsbetreuung 15 Mitarbeiter beschäftigt. Derzeit sind es 46 Mitarbeiter, einschließlich der Tätigkeiten in der LAE Klietz. Ein Teil der Mitarbeiter wurde innerhalb der Verwaltung umgesetzt. Dafür wird dann die Erledigung von Aufgaben zeitlich geschoben. Ein Teil der Mitarbeiter wurde neu angestellt, im Regelfall für zwei Jahre befristet.

Es gab 3 besondere Vorkommnisse: In Tangerhütte gab es in der Flüchtlingsunterkunft in der ehemaligen Lernbehindertenschule einen Schwelbrand. Dort hat es nicht gebrannt, sondern die Steckdose am Fußboden hat geschmort. Es hat nach Gummi gerochen. Die Tapete war schwarz. Mehr ist da nicht passiert. Die Elektrik musste neu instandgesetzt und neu gemalt werden. Im Möringer Weg gab es einen toten Inder. Nach Kenntnisstand war kein Tötungsdelikt zu erkennen gewesen. In Klietz gab es eine Massenschlägerei. Dort haben Afghanen ein syrisches Mädchen (9 Jahre) von hinten angefasst. Dieses ist zu den Eltern gelaufen. Es entstand dann eine Schlägerei, die von beiden Bevölkerungsgruppen ausging. Die Polizei trennte die Gruppen.

Zum Spendeneingang Flüchtlingshilfe: Per 30.10.2015 sind bisher 1.420,00 Euro Spenden eingegangen. Wir werden mit dem Kreisausschuss über den weiteren Umgang mit den Spendengeldern reden.

Über das Thema Unterbringung haben wir eben viel gehört. Das wird uns noch in den nächsten Monaten beschäftigen. Aus meiner Sicht müssen wir nun aber zum Thema Integration kommen. Das haben wir in den letzten Wochen bekanntermaßen aufgrund der Not in der Unterbringung vernachlässigen müssen. Es steht jetzt die Frage der Koordination. Als Landkreis wollen wir uns das auf die Fahnen schreiben. Ich möchte dazu am 10.11.2015 hier in diesen Räumen eine Integrationskonferenz durchführen. Eingeladen sind breite Bereiche aus dem Landkreis wie Politik, Wohnungsunternehmen, soziale Einrichtungen, Bürgermeister etc. Es handelt sich um eine Auftaktveranstaltung. Ich habe vor, diese Auftaktveranstaltung dann mit monatlichen Folgekonferenzen themenbezogen zu organisieren. Im Dezember ist geplant, mit den Wohnungsunternehmen das Thema Unterbringung zu behandeln. Im Januar werden wir die Verantwortlichen aus den Kinderheimen einladen, um das Thema unbegleitete Minderjährige zu bereden. Im Februar werden wir das Thema Koordination von Ehrenamtlichen angehen. Im März werden wir uns noch mal mit den Schuldirektoren zum Thema Beschulung von Flüchtlingen verständigen. In den Monaten danach wird sich das sicherlich so fortsetzen. Im Sommer nächsten Jahres gucken wir, wie weit wir gekommen sind. Sicherlich wird die eine oder andere Konferenz nicht eine Eintagsfliege sein, sondern man wird auch vereinbaren, dass man in Arbeitsgruppen weitermacht und sie kontinuierlicher fortsetzt. Die Konferenz am 10.11. ist erst einmal ein Einstieg in das Thema Integration.



**zu TOP 9 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen  
- Einbringung und 1. Lesung -  
Vorlage: 182/2015**

Der Vorsitzende erteilt dem Landrat zur Einbringung und zur 1. Lesung des Haushaltes 2016 das Wort.

Der Landrat führt wie folgt aus: Wir wollen versuchen, so wie wir es in den letzten Jahren auch getan haben, das Thema Haushalt des Folgejahres geordnet aufzubauen, mit einer 1. Lesung hier zu beginnen und nach Möglichkeit einen Beschluss im Dezember herbeizuführen.

Der Ergebnishaushalt ist ausgeglichen. Er weist kein Minus aus. Unter dem Strich ist eine Null. 167 Mio. Euro sind in der Ausgabe und in der Einnahme in etwa gleich. Im letzten Jahr waren es 153 Mio. Euro. Das heißt, in 2016 hat der Landkreis mehr Einnahmen und mehr Ausgaben. Das ist hauptsächlich dem Thema Asyl geschuldet. Dieser Haushalt, so wie er aufgestellt ist, setzt eins voraus: eine auskömmliche Finanzierung im Bereich Asyl.

Der Finanzhaushalt ist wiederum nicht ausgeglichen. Da sind wir aber auf dem Weg der Besserung und wird in den nächsten Jahren ausgeglichen sein. Das hängt mit den Rückstellungen für Altersteilzeit zusammen, die letztendlich 2018/19 auslaufen und mit der Teilnahme am Entschuldungsprogramm STARK II.

Unser Problem, das wir nachwievor haben und auch noch jahrelang haben werden, sind die kameralen Altfehlbeträge. Und weil wir die haben, haben wir auch einen relativ hohen Stand an Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten. Im letzten Jahr lag der Kassenkreditrahmen bei 66 Mio. Euro. Wir wollen auf 63 Mio. Euro nach unten gehen. Die Inanspruchnahme lag in diesem Jahr sehr weit darunter. Sie liegt bei 50 Mio. Euro. Im letzten Jahr lag sie bei 57 Mio. Euro. Wir müssen schauen, wie weit wir da nach unten gehen können. In unserer Haushaltsgenehmigung ist uns auferlegt worden, ein Konzept aufzustellen, wie wir mit dem Kassenkredit nach unten kommen. Viel Fruchtbare ist nicht dran, so ein Konzept aufzustellen, weil es nämlich einen Erlass gibt der besagt, dass wir für Asyl Kassenkredite aufnehmen können und das egal wie hoch. Es ist natürlich Blödsinn, ein Konzept zur Reduzierung des Kassenkredites aufzustellen, andererseits aber wieder möglich ist, Kassenkredite aufzunehmen. Das ist Beschäftigungstherapie. Ich habe gestern mit dem Landesverwaltungsamt gesprochen, ob das wirklich gewollt ist. Wenn sie es haben wollen, dann bekommen sie es. Die Werthaltigkeit kann sich jeder dann selbst ausdenken. Der Kassenkreditrahmen wird also bei 63 Mio. Euro liegen. Wir sehen natürlich immer zu, dass wir weit darunter bleiben. Zwar sind die Kassenkredite überaus gering, aber wir wollen ja ein bisschen an die Zukunft denken.

Neben den Kassenkrediten hat der Landkreis noch Investitionsschulden. Die sollen im nächsten Jahr von jetzt 50,5 Mio. Euro auf 47,7 Mio. Euro reduziert werden. Das ist aus meiner Sicht gut. Allerdings hat es auch ein Problem. Der Landkreis hat relativ hohe Tilgungsraten durch die Inanspruchnahme des Programms STARK II, was seinerzeit Herr Dr. Opitz zum Thema gemacht hat. Wir zahlen nicht 1 Mio. Euro, sondern 2,7 Mio. Euro Tilgung. Die Tilgungsrate ist relativ hoch und bereitet natürlich dem Haushalt immer Probleme. Mit der Verschuldung kommen wir aber über die Jahre drastisch nach unten. Ich kann mich daran erinnern, da habe ich hier von einer Verschuldung von 66 Mio. Euro gesprochen. Wir wollen die Investitionsschulden jetzt auf 47,7 Mio. Euro im nächsten Jahr reduzieren. Ziel ist es, 2020 oder spätestens 2021 auf 33 Mio. Euro Investitionsschulden zu kommen, also eine Halbierung der 66 Mio. Euro. Und das wäre natürlich für die Jahre danach wieder enorm günstig.

Zur Kreisumlage: Das ist das Thema, was alle ständig bewegt. Die Kreisumlage ist im Vergleich zum Plan des Vorjahres um 250 TEuro gestiegen. Sie ist für das Haushaltsjahr 2016 mit einer absoluten Höhe von 38.800.000 EUR festgesetzt. Wenn man anschaut, wen man damit belastet, dann hängt das von den Bemessungsgrundlagen ab. Die Erhöhung in 2015 haben maßgeblich Arneburg und Eichstedt getragen. Im nächsten Jahr sind es die beiden größten Städte im Landkreis, die betroffen sind. Alle anderen zahlen in etwa das gleiche, wie im Jahr 2015.

Neben der Kreisumlage ist darüber hinaus die größte Einnahmequelle für den Landkreis das FAG. Das wurde vor wenigen Tagen über den Nachtragshaushalt des Landes verändert. Das Thema Asyl wurde aus dem FAG heraus genommen, insbesondere aus der Auftragskostenpauschale. Es wurde eine Extrapauschale von 8.600 Euro gebildet. Die Frage ist, warum 8.600 Euro? Im letzten Jahr haben die Landkreise 9.300 Euro gefordert.

Daraus wurden – aus welchen Gründen auch immer – 8.600 Euro. Basis für diese Größenordnung ist das Jahr 2014. Man hat in diesem Jahr festgeschrieben, dass wir für dieses und für das nächste Jahr 8.600 Euro Pauschale erhalten. Da haben die Kreise natürlich gesagt, so funktioniert das nicht. Die Kosten sind alle gestiegen. Wir haben es mal für den Landkreis ausgerechnet. Wir lagen im ersten Halbjahr d. J. bei 9.967 Euro/Flüchtling an Kosten. Der Betrag ist nicht das, was der Flüchtling erhält, sondern das sind die Kosten. In dieser Summe ist alles enthalten. Die Pauschale ist mit steigender Tendenz. Sie soll in den nächsten Wochen/Monaten noch einmal angepasst werden. Zumindestens sollen Gespräche dazu stattfinden. Ich bin da guter Dinge, dass es angepasst wird. Ansonsten wird das alle kreislichen Haushalte in Sachsen-Anhalt sprengen. Es ist auch die Forderung von den Kreisen, und dabei wird man bleiben, eine Spitzabrechnung bei allen Pauschalen vorzunehmen. Wir erledigen die Aufgabe Asyl im übertragenen Wirkungskreis. Es ist eine Aufgabe des Landes, auch wenn das Land sagt, die Kreise müssen es leisten. Wenn es eine Aufgabe des Landes ist, dann muss uns das Land natürlich auch das Geld dafür geben, damit wir ihre Aufgabe vernünftig ausführen können und das Land sich nicht auf Kosten der Kreise hier gesund spart. Das Problem der Pauschale darüber hinaus ist, dass nicht alle Personalkosten erhalten sind. Z. B. vom Sozialamt. Die sind in bestimmten Teilen der Auftragskostenerstattung im FAG geblieben. Da sagt das Land, das ist in der Systematik des FAG, dass wir die Kostenerstattung zwei Jahre zeitversetzt erhalten. Zwei Jahre später macht man dann eine Berechnung, wieviel Geld man in diesem Jahr gebraucht hat. Ob das wirklich so kommt und ob das gerecht ist, weiß ich nicht. Ich sage, dass ist im Moment unbefriedigend. Vielleicht muss man wirklich noch mal in der neuen Legislatur des Landtages das FAG vom Grunde auf anpassen.

Die größte Ausgabeposition neben Asyl sind die Kosten der Unterkunft. Dort reduzieren wir den Ansatz von 26,8 Mio. Euro auf 25,8 Mio. Euro. Im gewissen Umfang wurde hier das Thema Asyl eingepreist. Normalerweise wird ein Flüchtling nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezahlt. Wenn er eine Aufenthaltserlaubnis bekommt, wandert er in den SGB II-Bereich. Und dann ist er beim Landkreis in den Kosten der Unterkunft mit drinne. Nun ist die Frage, wieviel Personen wandern in welchem Zeitraum rüber? Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Wir haben gesagt, wir preisen es in einem bestimmten Maß mit ein.

Der nächste große Posten sind die Personalkosten. Da haben wir eine Erhöhung von 31 Mio. Euro auf 34 Mio. Euro. Es sind 68 neue Stellen im nächsten Jahr, insbesondere für den Bereich Asyl. Nicht alle werden im nächsten Jahr besetzt. Teilweise müssen wir auch die Stellen, die wir in diesem Jahr besetzen mussten, in die Zahlen für 2016 mit rein nehmen. Nicht alle Stellen werden ab 1. Januar besetzt werden. Es ist mit einem drastischen Stellenaufwuchs zu rechnen. Ich habe gehört, in Magdeburg sind es im nächsten Jahr 200 Stellen zusätzlich. Wir erledigen es mit 68 neuen Stellen, die dazu kommen. Allerdings müssen 21 Stellen Abbau Altersteilzeit wieder abgezogen werden, sodass es netto 47 Stellen mehr sind. Die Stellen sind schwer zu planen, weil die Anzahl der Mitarbeiter immer von den Zuweisungen des Landes an Flüchtlingen abhängt. Da gibt es Schlüssel. Z. B. Sozialarbeiter 1 : 100.

Zu den freiwilligen Leistungen: Die freiwilligen Leistungen sinken von 1,7 auf 1,5 %. Tatsächlich bleibt aber alles beim Alten. Zu nennen ist hier der Buga-Effekt. In 2015 gab es Mehrausgaben aufgrund der erweiterten Öffnungszeiten des Prignitz-Museums. Im nächsten Jahr gibt es diese nicht. Alles andere bleibt im Prinzip gleich.

Zu den Investitionen: Im nächsten Jahr sollen insgesamt 10,5 Mio. Euro investiert werden. Geplant ist die Förderung von PC-Kabinetten im Gymnasium Osterburg, in der Sekundarschule Komarow und in der Sekundarschule Goldbeck. Darüber hinaus sind 800 T€ für die Sekundarschule Komarow über STARK V energetische Sanierung vorgesehen, weil wir hier keine andere Förderung bekommen. Deshalb haben wir es erst einmal vorgesehen und müssen schauen, ob das entsprechend der Bedingungen förderfähig ist. Wir haben über STARK III das Gymnasium Osterburg und Tangermünde drin. Des Weiteren sind für den Asylbereich 800 T€ vorgesehen, die wir aus den STARK V-Bereich nehmen wollen. Im Tiefbau ist die Ortsdurchfahrt Goldbeck zu nennen, die Brücke bei Seehausen – Wendemark, die Ortsdurchfahrt Bismark sowie eine ganze Reihe von Hochwasser- und Straßenbaumaßnahmen, für die der Landkreis eine Förderung erhält. Die Ortsdurchfahrt Rohrbeck ist über STARK V vorgesehen.

Das war der Haushalt in groben Zügen. Die Beratung soll jetzt in den Ausschüssen erfolgen. In einigen Ausschüssen ist sie bereits einmal erfolgt. Die Veränderungen, die uns bekannt sind, werden wir noch einpflegen. Im Asylbereich z. B. erhalten wir eine Förderung für Investitionen für das nächste Jahr (wahrscheinlich um die 500 T€). Ziel ist es, den Haushalt in Gänze bis zum 1. Dezember 2015 rund zu machen und alles einzuarbeiten, sodass nach unseren Vorstellungen und nach meinem Wunsch am 17. Dezember hier ein Beschluss gefasst werden

kann. Wir werden im nächsten Jahr das Netz der Haushaltsüberwachung enger gestalten. D. h., wir werden nicht mehr zwei Budgetberichte erstellen, sondern mindestens vier, damit wir schauen können, wo das Thema Asyl hinläuft. Dazu werde ich dann berichten. Ich kann mir auch vorstellen, im nächsten Jahr vielleicht einen Nachtragshaushalt aufzustellen, um das Ganze hier in geordnete Bahnen zu lenken. Aber das ist ein Thema, worüber wir noch reden müssen.

Ich wünsche uns und Ihnen eine konstruktive Beratung des Haushaltes 2016.

Der Vorsitzende stellt den Haushalt 2016 zur Diskussion.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

**zu TOP 10 Beteiligungsbericht 2014 und 2015  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 176/2015**

Der Vorsitzende stellt die Beteiligungsberichte 2014 und 2015 des Landkreises Stendal zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

*zur Kenntnis genommen*

**zu TOP 11 Kündigung der Mitgliedschaft im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.  
Vorlage: 181/2015**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es gibt keine Wortmeldungen zur Drucksache.

Herr Riedinger lässt über die Vorlage Drucksache Nr. 181/2015 abstimmen.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 12 Ergänzungswahl der Stellvertreter für die Regionalversammlung der Regionalen  
Planungsgemeinschaft Altmark durch den Kreistag  
Vorlage: 198/2015**

Der Vorsitzende schlägt zu diesem TOP vor, in offener Abstimmung zu wählen, sofern sich dagegen kein Widerspruch erhebt.

Das ist nicht der Fall.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1*

**zu TOP 13 Fortschreibung des Integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes Altmark 2015 - 2020  
(ILEK Altmark 2020)  
Vorlage: 158/2015**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es gibt keine Wortmeldungen zur Drucksache.

Herr Riedinger lässt über die Vorlage Drucksache Nr. 158/2015 abstimmen.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 14 Verschmelzung Regionalverein Altmark e.V. und Tourismusverband Altmark e.V.  
Vorlage: 180/2015**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Zur vorliegenden Drucksache gibt es keine Wortmeldungen.

Herr Riedinger lässt über die Vorlage Drucksache Nr. 180/2015 abstimmen.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 15 Änderung der Besetzung der CDU-Kreistagsfraktion  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 184/2015**

*zur Kenntnis genommen*

**zu TOP 16 Änderung der Ausschussbesetzung des Kreistages Stendal durch die Fraktion der CDU  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 185/2015**

*zur Kenntnis genommen*

**zu TOP 17 Anfragen und Anregungen**

Herr Reck hat 3 Anregungen: Die erste Anregung bezieht sich auf den Haushalt, wird sich aber in diesem Jahr nicht mehr machen lassen. Ich würde bitten, darüber nachzudenken, ob nicht im nächsten Jahr der Haushalt unter strategischen Gesichtspunkten erstellt werden kann. Es gibt Landkreise, die sich Gesamtstrategien gestellt haben und auch Teilstrategien, die sich bei uns teilweise aus dem Integrierten Entwicklungskonzept heraus ergeben. Landkreise wie z. B. Osnabrück oder die Städte Mannheim und Dortmund führen ihre Haushalte unter solchen strategischen Gesichtspunkten. Vielleicht könnte man in den Ausschüssen oder im nächsten Jahr darüber nachdenken.

Das zweite, was ich ansprechen möchte, ist das Thema Breitbandausbau. Breitbandausbau ist aus meiner Sicht ein wichtiger Beitrag auch zum Abbau der sogenannten digitalen Kluft. Ich möchte anregen, sich in den Ausschüssen, z. B. im Schulausschuss oder im Sozialausschuss, mal mit dem Thema digitale Kluft und Bildungsberichterstattung auseinanderzusetzen. Vielleicht wäre es für den Landkreis auch eine gute Gelegenheit,

dieses Thema als Ausgang für ein Bildungsmonitoring, das momentan im Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, zu nutzen.

Der 3. Punkt, den ich anregen möchte, bezieht sich auf die Altmärkische Netzwerkkonferenz in der Fachhochschule Stendal, die gestern stattfand. Ich selbst durfte am Workshop Vernetzung von Kitas im ländlichen Raum teilnehmen. Es kam dort der deutliche Wunsch der Erzieherinnen und Erzieher, sich in der Altmark stärker zu vernetzen und Möglichkeiten des wechselseitigen Austausches zu haben. U. a. wurde vorgeschlagen, eine Onlineplattform für den pädagogischen Austausch in der Altmark zu schaffen, aber auch Leitungen, Tagungen oder Kita-Netzwerke aufzubauen. Das möchte ich ebenfalls anregen, in den Ausschüssen mal zu bereden.

Herr Graubner wendet sich an den Landrat und hat folgende Frage: Sind Sie gewillt, aus meinen Händen einen Projekt-Antrag des Arbeiter-Samariter-Bundes für den Landkreis entgegenzunehmen? Ich habe den Auftrag bekommen und möchte das hier persönlich an dieser Stelle vornehmen. Es ist ein Projekt, bei dem es um Flüchtlinge geht.

Der Landrat nimmt den Antrag entgegen.

Herr Graubner spricht jetzt als Vorsitzender des Behindertenbeirates des Landkreises Stendal. Er richtet Worte des Dankes an Herrn Rettig: Ich möchte mich bei Ihnen für die Mitarbeit über viele Jahre bedanken. Aus gesundheitlichen Gründen ist das nicht mehr möglich. Wir bedauern das. Ich bedaure es. Herr Rettig hat einen großen Anteil an der Neujustierung des Beirates.

Es gibt keine weiteren Anfragen und Anregungen im öffentlichen Teil.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.